

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag den 4. Dezember 1882.

Nr. 567.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 2. Dezember.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär v. Bötticher, Burhard, Dr. v. Schelling, königlich preussischer Kriegsminister General v. Kameke, Chef der Admiralität Staatsminister v. Stosch, königlich sächsischer Oberstleutnant Eder von der Planitz, Bundeskommissar Major Haberling, Geheimen Räte Schrans, Boccino, Weymann, Magdeburg und Andere.

Die Bänke des Saales sind nur schwach besetzt.

In die Gewerbeordnungs-Kommission sind an Stelle der ausgeschiedenen Abgg. Dr. Schläger, Ruppert und Frißen die Abgg. Dr. Weber, Horn und Lucius gewählt worden; in die Pensionskommission ist für den Abg. Dr. Sello der Abg. Dr. Thelenius eingetreten.

An neuen Vorlagen sind eingegangen die Gegenwürfe betreffend die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes bezw. Abänderung des Militärpensionsgesetzes.

Nachdem an Stelle des Abg. v. Tepper Lacki der Prinz zu Carolath durch Affirmation zum Schriftführer gewählt war, wurde zunächst eine Petition betreffend Abstellung der Mißstände, die durch die Militärprozedur herbeigeführt, und die Einführung der Öffentlichkeit im Militärgerichtsverfahren vorgelesen.

Abg. Dr. Lipke empfiehlt die Petition dem Reichstanzler zur Kenntnisaahme und das Haus tritt diesem Antrage bei, nachdem der Kriegsminister v. Kameke die Gründe vorgelegt, welche das Zustandekommen der allgemeinen deutschen Strafprozedur bisher verzögert und welche auch in Zukunft die größte Vorsicht gebieten scheinen lassen. Meinung verschiedener Parteien bestanden zwischen den verbündeten Regierungen nicht und die Fortsetzung der parlamentarischen Verhandlungen verspreche ein günstiges Resultat.

Von den anderen Petitionen (die Mehrzahl bezieht sich auf anderweite Klassifikationen von zollpflichtigen Gegenständen) erwähnen wir nur noch das Gesuch des Dr. Bessel in Dresden um Bewilligung des Reichs zur Erhaltung des Körnermuseums. Die Petition hat dem Reichstag schon wiederholt vorgelegen, ohne indessen eine befriedigende Entscheidung gefunden zu haben. Heute wird sie dem Reichstanzler zur Kenntnisaahme mit dem Ersuchen überwiesen, durch Verhandlungen und in sonst geeigneter Weise erörtern zu lassen, unter welchen Bedingungen das Fortbestehen des Körnermuseums gesichert werden könne, und von dem Ergebnisse der Erörterungen dem Reichstage Mittheilung zu machen.

Eine sehr animirte Debatte entspannt sich über die Interpellation Hänel-Lasker: ob dem Reichstanzler bekannt sei, daß der Oberingenieur Dede in der Danziger Kaiserlichen Werft bei den vorjährigen Reichstagswahlen wiederholt an die Arbeiter Anträge gehalten und sie für die Wahl des konservativen Kandidaten v. Busckamer zu gewinnen gesucht hat, resp. welche Maßregeln getroffen werden sollen, um der Wiederkehr solcher Fälle vorzubeugen.

Abg. Dr. Lasker begründet die Interpellation unter Hinweis auf die bekannten Thatsachen in den Kaiserlichen Werftstätten. Zunächst habe die Direction jede Agitation in den Werften verboten, dann sei plötzlich, wenige Tage vor der Wahl eine entgegengelegte Verfügung in dem Sinne getroffen worden, daß dem Oberingenieur Dede der Zutritt zu den Arbeiterzimmern gestattet werde zu dem Zweck, die Arbeiter über die Bedeutung der Wahl zu belehren und für den konservativen Kandidaten zu wirken zu werden. Das sei die krassste Parteilichkeit, von der er zu sich annehme, daß die Regierung sie nicht gekannt habe und sie nun desavouiren werde. Dies könne und müsse nun so eber verlangt werden, als die Regierung gegen zwei liberale Ingenieure der Danziger Werft wegen angeblicher Agitation für den liberalen Kandidaten Ricker die disciplinäre Anklage haben erheben lassen. Was dem einen recht sei, sei dem Andern billig. Wenn die Beamten überhaupt eine Politik treiben sollen, dann müsse die Regierung der schwärste Vorwurf, wenn sie nicht jene Ungehörigkeiten zu ahnden sich entschließen.

Eine Erklärung in diesem Sinne bedauert der Staatssekretär v. Bötticher nicht abgeben zu können.

Doch müsse und könne er sagen, daß von Berlin aus keine Verfügung amtlicher Natur (Zwischenrufe von der Linken) nach Danzig ergangen sei, die das Vorgehen des Oberingenieurs Dede beeinflusst habe. Wenn dazu schenkerufen werde: Amtlicher Natur! so erwider er, daß nur von solchen Verfügungen bisher die Rede gewesen sei. Im Uebrigen sei die Darstellung Lasker's übertrieben und deshalb falsch, was der Redner nach amtlichem Protokollen zu beweisen versucht. Der Dede habe nur über die Bedeutung der Wahlen den Arbeitern Aufklärung zu geben gesucht in keiner Weise aber habe er seine amtliche Autorität mißbraucht, wie dies die Ingenieure gethan die auf offener Straße Stimmzettel für Ricker vertheilt. Darin und nicht in dem von den Interpellanten gerügten Fall Dede liege eine große Thatigkeit. Er könne deshalb nicht Maßregeln in Aussicht stellen, welche verhindern sollen, daß die Beamten in ihren Kreisen für thätigkeitsmäßige Aufklärung, nicht für politische Beeinflussung sorgen.

Der Abg. Lasker betont, daß die Wahrheits seiner Darstellung durch zugehörliche Bemerkungen erhärtet sei. Wenn der Dede den Arbeitern gesagt habe: „Bessern Brod ich esse, dessen Lied ich singe“, so sei das doch wahrhaftig keine harmlose Bemerkung, und er warte noch immer auf Aufklärung, ob die Regierung diesen Mißbrauch der Amtsgewalt billige oder nicht.

Abg. Windthorst freut sich, die Liberalen als Hüter der Unparteilichkeit in's Feld gehen zu sehen. Früher wäre das anders gewesen.

Abg. v. Köller führt aus, daß von liberaler Seite in gleicher Weise agirt worden ist.

Abg. Dr. Kapp (Sozialist): Der Abg. Windthorst sollte doch wenigstens richtig zittern. Ein Telegramm: „Wählt Rupp!“ ist niemals vom Herrn Reichstanzler abgeendet worden. Es handelt sich um die Wahl des Grafen Schulenburg. Einige Wähler sagten deshalb bei dem Herrn Reichstanzler an: Was sollen wir wählen: Schulenburg oder Kapp? Worauf die Antwort eintrat: „Kapp!“

Abg. Kasper (Sozialdemokrat): Für ihn sei es gleichgültig, ob eine Agitation innerhalb der Werft stattgefunden oder in anderen Arbeitsstätten. Wahlbeeinflussungen seien überhaupt nicht zu gestatten. Zur Belehrung bedürfte es nicht der Arbeiterräume, dazu hätte Herr Dede eine Versammlung berufen können.

Abg. Dr. Hänel: Die Fortschrittspartei habe jederzeit und unter allen Umständen den Standpunkt festgehalten, daß Wahlbeeinflussungen unathemhaft seien. In dem Telegramm des Reichstanzlers könne er indess eine Wahlbeeinflussung nicht entdecken. Wo eine solche Angelegenheit an den Herrn Reichstanzler erfolgt da könne es sich auch wohl nicht um einen Liberalen handeln. (Sehr richtig!) Zur Sache eilt bemerkt Redner, daß es in Danzig ein offenes Geheimniß sei, daß von oberer Seite derartige Anweisung ergangen ist; der Direktor der Werft habe durchaus fortrik geben etc.

Staatssekretär v. Bötticher wiederholt, daß die Regierung in dem Verfahren des Herrn Dede keinen Grund zum disciplinären Einschreiten finden könne.

In der weiteren Debatte wendet sich der Abg. Ricker namentlich gegen die Angriffe Windthorst's auf die liberale Partei. Es entsprächen diese Angriffe in keiner Weise den Thatsachen, und es sei bekannt, daß ein so hervorragendes Mitglied dieses Hauses solche unmotivirte Angriffe gegen eine Partei nicht. Herr Windthorst möge doch Thatsachen nennen. Die Liberalen hätten doch sehr ohne Rücksicht auf den Baustandpunkt jene Wahlbeeinflussung auf das Entschiedenste verurtheilt.

Staatssekretär v. Bötticher weist nochmals den Vorwurf der Parteilichkeit zurück und ebenso bleibt Abg. Windthorst dabei, daß das erwähnte Telegramm eine Wahlbeeinflussung der Arbeiter Art enthalte.

Der Schluß wiederholt der Staatssekretär v. Bötticher, daß der Oberingenieur Dede in dem Grenzen seiner Pflicht geblieben sei, und er, der Redner, sich durch Herrn Lasker nicht im mindesten erschlagen fühle. Jeder preussische Beamte habe im Geiste des Kaiserlichen Erlasses vom 4. Januar zu handeln. Die Regierung kann nicht sein keine Parteiregierung, sie verlange deshalb von ihren Untergebenen, daß sie ihr treu zur Seite stehen, und sie würden sich dann mit Recht den An-

spruch erheben können, anders behandelt zu werden, als diejenigen, welche zur Regierung in Opposition stehen. (Ho! links, Weisfall rechts)

Nachdem noch der Abg. Windthorst mit Rücksicht auf eine brüggliche Bemerkung Lasker's ge fragt, ob die Klärung des liberalen Gedankens im Bolle sich auch auf die Partei Besinnung beziehe, eine Frage, auf die Niemand antwortet, wird die Debatte geschlossen.

Der fernere Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des sozialistischen Abg. Dr. Schulze-Delitzsch, dahingehend, ob bereits Schritte zur Revision des Genossenschaftsgesetzes gethan seien, wie sie vom Staatssekretär Dr. v. Schelling in der Sitzung vom 18. Mai 1881 im Anschluß an die Aktienrechtsnovelle verheißen wurden.

Auf die in Kürze durch den Abg. Schulze-Delitzsch begründete Interpellation erwidert der Staatssekretär im Reichs-Justizamt, Dr. v. Schelling, es sei ursprünglich die Absicht der verbündeten Regierungen gewesen, den Gegenstand in Form einer bloßen Novelle zu erledigen; die Regierung sei jedoch zu der Ueberzeugung gelangt, daß dies umfangreiche Material nur durch ein ganz neues Gesetz bewältigt werden kann. Der entsprechende Entwurf unterliege gegenwärtig der sachmännischen Begutachtung.

Der konservative Abg. Dr. Frege ist erfreut darüber, daß der Abg. Schulze-Delitzsch die Frage der Revision des Genossenschaftsgesetzes in Anregung gebracht und daß der Staatssekretär von Schelling eine Revision zugesagt. Er und seine Partei betonen diese Materie nicht als politische Parteisache. Er erkenne deshalb bereitwillig die Vorzüge des Schulze'schen Systems an, wünsche aber doch, daß bei der bevorstehenden Revision für eine bessere Kontrolle gesorgt werde, in der Art, daß die Aufsicht über die Genossenschaften den Kommunalbehörden übertragen werde. Auch die Kosten der Verwaltung müßten möglichst ermäßigt werden, namentlich aber das Prinzip der Selbstverwaltung seine alleinige Geltung verlieren, zumal in den Wirklichen Vorschlägen der Einführung der Thirbstatt ein so gesundes Prinzip aufgestellt worden sei. Endlich empfehle sich eine größere Rücksichtnahme auf die Realistischen Darlehnskassen, die auch von dem konservativen Abg. Verrot, dem nächsten Redner, warm besprochen werden.

Abg. Schulze-Delitzsch verteidigt sein System gegen die erhobenen Anstellungen an demselben. Er hat nichts gegen eine strengere Kontrolle der Genossenschaftswesen, aber diese Kontrolle muß im Rahmen des Gesetzes erfolgen, ohne daß der lebenskräftige Quasidank der Selbstverwaltung aus den Kassen ausgeschlossen werde. Auch dantens bestimmte Grenzen für die Ausdehnung der Kassen vorgeschrieben werden.

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen.

Schluß 4 1/4 Uhr.
Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.
Tagesordnung: Antrag Phillips-Luzmann, Beamtenpensionsgesetz unter Vorlagen.

Berlin, 3. Dezember. Zur Feier der silbernen Hochzeit des deutschen Kronprinzen, so schreibt man aus Petersburg, beabsichtigen die in Rußland lebenden Deutschen ein großes Apsi für Personen deutscher Nationalität zu gründen, welche ohne eigenes Verschulden in Rußland beschäftigungslos geworden sind. Es soll sich dabei nur um zeitweise Aufnahme dieser Personen handeln, denen der Vorstand des Apsie außerdem betätigt sein wird, Arbeit zu verschaffen. Wie verlautet, ist die obigezeitliche Genehmigung zu dieser Stiftung bereits erfolgt und ebenso die Erlaubniß, in allen Städten des Reichs Sammelstellen aufzulegen.

Das „D. N. Bl.“ schreibt: In unserer vorigen Nummer konnten wir mittheilen, daß Herr v. Stiers in Vargin mit dem Fürsten Bismarck auch die ägyptische Frage erörterte und die Nothwendigkeit der ägyptischen Entscheidung über dieselbe durch einen europäischen Aesopog bewonte. Von Pariser Blätter ist melden, Rußland werde im Verein mit Frankreich eine Konferenz wegen der ägyptischen Angelegenheit in Vorschlag bringen, so kann man wenigstens die Meinung in dieser bestimmten Form nicht vertheilt sein mag, doch eine Bestätigung unserer vorwöchentlichen Mittheilung davon erbliden. Die Dinge stehen, wie wir glauben annehmen zu

dürfen, folgendermaßen: Frankreich steht ein, daß die direkten Verhandlungen mit England nicht zu dem in Paris angestrebten Ziele führen, und würde es bei weitem vorziehen, die ägyptische Frage auf einer internationalen Konferenz, auf der es eben nicht mehr allein England gegenüberstände, auszutragen; von dem Pariser Aufenthalt des Grafen Ignatiow her weiß es, daß es zumindest bei Rußland Unterstützung für e. Rußland seinerseits wünscht ebenfalls eine Konferenz und hofft, es wünte auf derselben die Frage der Kompensationen aufwerfen. Herr v. Stiers soll aber, da er sich keinem Edele ansetzen und auf Frankreich allein nicht verlassen will, während seiner jetzigen Reise in Berlin resp. Vargin, Rom und Wien die betreffenden Verhandlungen vornehmen. Von dem Ergebnisse derselben würde die weitere Haltung Rußlands und vielleicht auch jene Frankreichs abhängen. Wie sich die mittel-europäischen Mächte verhalten werden, wissen wir nicht; prinzipiell sind sie wohl einer Konferenz über die ägyptische Frage nicht abgeneigt, nur wünten sie eine Gewähr dafür haben, daß die Konferenz sich ausschließlich mit der ägyptischen Frage und mit gar nichts Anderem zu befassen hätte.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß die „N. N. Ztg.“ vor Kurzem andeutete, der frühere Minister Bitter habe in Folge einer Erklärung des Staatsministeriums, daß dasselbe seine Finanzpolitik nicht mehr zu bedenken vermöge, seine Entlassung gefordert und das Ministerium habe um die Annahme derselben gebeten. Dieser Darstellung setzt die „N. N. Ztg.“ jetzt eine andere, von ihr schon früher veröffentlichte entgegen, nach welcher Herr Bitter die ohne sein Vorwissen erfolgte Besatzmachung im Reichsanzeiger über die Fortsetzung der Finanzpolitik nach dem System einer weiteren Ausbildung der indirekten Steuern zum unmittelbaren Anlaß für sein Rücktrittsgesuch benutzt habe. Die „N. N. Ztg.“ bezweifelt es, daß das Staatsministerium die ihm vindicirte Haltung gegen den Finanzminister angenommen habe. — Sämmtliche Minister seien, wie damals versichert wurde, durch dasselbe in hohem Grade überrascht worden.

Es ist unverkennbar, daß die durch Madagaskar erregten Eifersüchteleien zwischen den beiden Westmächten auch auf deren Unterhandlungen über Egypten eine nachtheilige Rückwirkung geübt haben. Die französische Regierung vertritt in ihrem Verhalten neuerdings eine weit größere Bestimmtheit und Schroffheit als es noch vor einer Woche für möglich erachtet wurde, wo die Chancen für einen befriedigenden Ausgleich recht günstig zu liegen schienen. Wie jetzt klar wird, ist sie durchaus nicht gewillt, Tunis und den Vorstich in der zu bildenden ägyptischen Schulden-Kommission als genügende Entschädigung zu betrachten für das, was Frankreich durch England's Aktionpolitik in Egypten verliert. Frankreich verlangt ein größeres Maß von Einfluß auf die ägyptischen Verhältnisse, als es ihm durch die Wahrung der Interessen französischer Gläubiger des ägyptischen Saates zu Theil werden würde. Der Konseil Präsident Duclerc hat es rund und nett ausgesprochen, daß er für Frankreich eine Art von Parität mit den Engländern in Anspruch nehme und hinzusetzt, die französische Regierung halte es für nicht möglich, einem neuen modus vivendi mit England zuzustimmen, wenn sie nicht die Pläne der Politik Englands in Bezug auf Egypten lenne. Eine Revision der ägyptischen Finanzverwaltung könne nur Werth haben nach Maßgabe der Garantien, die durch die künftige von England in Egypten einzurichtende Regierung geboten würden. Nach einer Depesche des „Temps“ wären dies die Gründe, die gegen die letzte englische Note bereits geltend gemacht worden seien und welche die in London erwartete französische Note reproduziren würde. Man erkennt hieraus, wie wenig Frankreich jetzt gesonnen ist, den Engländern freie Hand zu lassen. Ob diese dazu sich herbeilassen werden, Frankreich ihre Pläne zur vorüberigen Beurteilung und Approbation vorzulegen, steht noch sehr dahin. Die ägyptische Frage ist also noch weit davon entfernt, eine befriedigende Lösung zu haben.

Dem preussischen Landtage wird in dieser Session wieder der in der vergangenen Session unentschieden gebliebene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erhebung einer Hundesteuer zugewiesen. Die Bestimmungen desselben entsprächen im Allgemeinen dem vorjährigen Entwurf und lassen sich dahin zusammenfassen: Vom 1. April 1884 soll von Personen, welche Hunde besitzen, eine Steuer

HELIAND.

CHRISTI LEBEN UND LEHRE.

Uebersetzt von K. Simrock.
DRITTE AUFLAGE.

Neue Ausgabe mit ca. 60 Ornamenten aus Handschriften des 9. Jahrhunderts.

Broschirt 8 M., stylvoll gebunden 12 M.
In der Simrock'schen Uebersetzung der alt-sächsischen Evangelienharmonie in Form und Geist des alten Originals lebendig. Diese neue Ausgabe ist in innerer und äußerer Erscheinung so gestaltet worden, dass in ihr ein Anklang zu finden ist an die Zeit der Entstehung des Heliand durch Nachahmung der Art und Weise, wie im 9. Jahrhundert werthgehaltene Manuscripte mit Ornamenten reizvoll geschmückt wurden. Allen Verehrern des erhabenen dichterischen Stoffes, den Freunden unserer alten Literatur und Liebhabern stylreicher Ausstattung sei das Buch hiermit empfohlen.

Gebunden eignet es sich auch besonders zu FEST-GESCHENKEN.

BRESLAUER-LOTTERIE

Gewinn-Plan.

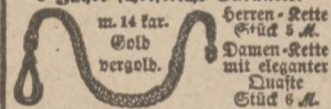
1 Gew. i. W. v. M.	40 000
1	20 000
1	10 000
1	5 000
2	v. Jo 3 000
3	2 000
5	1 000
15	500
25	300
50	200
100	100
100	50
100	30
2696	v. z. M. 54 000
3600	36 000

Losse à 3 M. 15 Pf. offerirt das mit dem General-Debit betraute Bankhaus
Rob. Th. Schröder
Stettin, Schulzenstrasse 12.
Wiederverkäufern Rabatt.

ZIEHUNG VOM 28-31 DEZ. 1882.

Panzer-Uhrketten

von echt Gold nicht zu unterscheiden.
5 Jahre schriftliche Garantie.



m. 14 Kar. Gold vergold.
Herren-Kette Stück 5 M.
Damen-Kette mit eleganter Quaste Stück 3 M.

Garantie-Schein: Den Betrag dieser Uhrkette zahle ich zurück, falls dieselbe innerhalb 5 Jahren schwarz wird.

Max Grünbaum,
Berlin W., Leipzigerstrasse 95.
Jahrl. Anerkennungsbriefe über die vorzügliche Haltbarkeit meiner Panzerketten liegen zur Einsicht vor.

Der neue prachtvoll illustrierte Weihnachts-Katalog meines **Präsentbazar's**, enthaltend mehr als 200 Illustrationen von praktischen und nützlichen Neuheiten, als: Photographie-Alboms, Näh- und Näh-Rezepte, Schreibzeuge, Taschen-Messer etc. etc. ist erschienen und wird auf Verlangen gratis und franco versandt.

Braunkohlen,

als Bechsteinkohlen offerirt sehr billig erhaben
A. F. Waldow, Silberwiese.

Seltene Gelegenheit.
Für Händler, Private, Vereine bietet der **Total-Ausverkauf** von 550 Knaben Anzügen von Winterdruckstoff gefertigt, das Stück zu 4 M. 50 Pf. und 5 M. Musterung gegen Einlieferung des Betrages. Außerdem empfehle ich sämtliche Neuheiten in Knaben- und Mädchen-Baletts und Anzügen, bessere Qualität, für 2-17jähr Größe Billig e Preise selbstverständlich.
Bernh Lewinsky Stettin R. Markt 12 18.

Möbel, Spiegel- und Holzwaaren-Fabrik

von **Max Borchardt,**

Bentlerstraße 16-18,
empfehle ich ihr großes Lager von nur reell gearbeiteten Möbeln in allen Holzarten von den einfachsten bis zu den elegantesten zu noch nicht dagewesenen billigen Preisen.

Stellen suchende jeder Branche erhalten kostenfrei passende Stellen durch die **General-Balancen-Zeitung, Berlin S., Kotlubenstr. 59.**

Für ein Kolonialwaaren-Geschäft ein detail wird per sofort ein junger Mann, der kürzlich seine Lehrzeit beendet hat, gesucht.

Offert unter **G. L. 49** in der Expedition dieses Blattes, Kirchplatz 3, erbeten

1 fleißiger und ordentlicher junger Mann wird für ein Kolonialwaaren-Geschäft gesucht.

Wo? sagt die Expedition d. Bl. Schulzenstr. 9.

1 anständig, ehrliches Mädchen, welches Lust hat, in ein Geschäft zu gehen, wünscht Stellung zum 1. Dezember oder 1. Januar in einer Kontobüro oder Bäckerei. Nähe es in der Exped. d. Bl. Kirchplatz 3.

Für mein Kolonialwaaren-Geschäft ein detail suche einen Lehrling mit den nöthigen Schulkenntnissen von außerhalb.
Fr. Stubbe,
große Poststraße 49.

Als Kochfrau zum Tortenbacken und Seifkochen empfiehlt sich Frau **Wöpel,** Bahn, wohnhaft beim Fleischermeister Hickstein.

In großartiger Auswahl und bester nur bei uns selbst gefertigter Arbeit empfehlen wir zu nachfolgenden

für den Weihnachts-Verkauf sehr herabgesetzten Preisen:

Oberhemd in sehr guter Qualität von **3 M.** an,
Oberhemden sehr guter Qualität, mit leinenen Einsätzen, von **3 M. 75 Pf.** an,

Oberhemden extra feiner Qualität, mit feinsten leinenen Einsätzen, von **4 M. 50 Pf.** an,

Manschetten und Kragen in allerneuesten Formen, ebenfalls zu ermäßigten Preisen,

Herrenhemden, vorzüglich gearbeitet, von **1 M. 75 Pf.** an,
Herrenhemden in vorzüglichem Elsässer Hemdentuch von **2 M.** an,
Chemisettes (Oberhemdenschnitt) für Erwachsene u. Knaben, vorzüglich gearbeitet und sehr schön gewaschen, von **50 Pf.** an,
Damenhemden in guten reellen Stoffen von **1 M. 40 Pf.** an,
Damenhemden in schwerem Hemdentuch von **1 M. 75 Pf.** an,
Nachtjacken in guten Realigeestoffen u. gutem Bique-Barchend von **1 M. 75 Pf.** an,

Nachtjacken in besten Stoffen, hübsch garnirt, von **2 M., 2 M. 25 Pf.** u. s. w.,

Damenbeinkleider in Negligeestoffen und Barchend von **1 M. 75 Pf., 2 M., 2 M. 25 Pf.** u. s. w.,
Kinderhemden in allen Größen von **50 Pf.** an.

Wollene Damenbeinkleider,

wollene Kinderbeinkleider, Unterröcke in modernsten Stoffen für Damen u. Kinder, Flanell-Unterröcke, Flanellhemden.

Einen Posten rein leinene

Dammast-Thee-Gedecke

mit eleganten farbigen Borten, das Gedeck mit 6 Servietten **5 M. 50 Pf.**

!!! Reinleinenene Taschentücher !!!

nur beste, reellste Qualitäten, für Erwachsene das Dkd. von **2 M. 50 Pf.** an,
für Kinder mit eleganten Bordüren, gesäumt u. in Kartons, das Dkd. von **2 M.** an.

! Kleiderstoffe !

Ganz enorme Preisermäßigung des ganzen Lagers.
Große Partien einzelner Kleider u. Reste.

Geb Brüder Aren,
Breitestraße 33.

!!! Bis Weihnachten auch Sonntags Nachmittags geöffnet !!!